

Russland als Partner

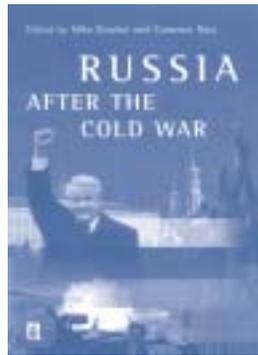
Sicherheitspolitische Kooperation zwischen Ost und West

von Henning Schröder

Im Laufe des vergangenen Jahres ist Russland wieder stärker in das Blickfeld der westlichen Politik und Öffentlichkeit gerückt. Es wird als wichtiger Faktor der internationalen Politik wahrgenommen, und zwar in einer neuen, ungewohnten Rolle: als sicherheitspolitischer Partner und als Partner bei der Bekämpfung einer weltweit agierenden Terroristengruppe. Lange Zeit waren die Nachrichten, die uns aus diesem Nachfolgestaat der Sowjetunion erreichten, wenig ermutigend. Nachdem die Euphorie der Gorbatschow-Jahre und die Hoffnungen auf eine demokratische Entwicklung in den ersten Jahren der Herrschaft von Boris Jelzin verklungen waren, häuften sich die Meldungen über Korruption großen Stils, über die unheilvolle Verflechtung von Politik und Finanzkapital, über Mafia-Aktivitäten, Armut und Versagen des Sozial- und Gesundheitssystems.

In den letzten zwei Jahren hat sich das Blatt gewendet, eine positive Entwicklung scheint erkennbar, die mit dem Namen Wladimir Putin verbunden ist, der für Recht und Ordnung

steht, für Durchsetzung marktwirtschaftlicher Regeln und Bekämpfung von Verbrechen und Korruption. Positiv gewürdigt wurde vor allem die Wende nach Westen, die der russische Präsident einleitete und die ihren deutlichsten Ausdruck in seiner Haltung nach den Terroranschlägen im September 2001 fand.



Russlands Rückkehr
in die internationale
Politik.

Russland ist also in die internationale Politik zurückgekehrt. Es wäre aber zu kurz gegriffen, die Politik des neuen Partners allein danach beurteilen zu wollen, wie weit er westliche Erwartungen erfüllt. Vielmehr gilt es, sich eine Vorstellung von den Potenzialen Russlands zu machen, von seinen Entwicklungsaussichten, seinen Interessen und seinen außenpolitischen Optionen. Dafür stehen

eine Reihe solider Studien bereit, die in den letzten Jahren erschienen sind.

Eine gute Einführung bietet der Band, den Mike Bowker und Cameron Ross herausgegeben haben. Es handelt sich um einen klassischen Reader, wie er an angelsächsischen Universitäten in der Lehre eingesetzt wird. 18 Kapitel, die in drei großen Blöcken: Politik, Wirtschaft/Kultur/Sozialpolitik und

Außenpolitik zusammengefasst werden, behandeln – mit Ausnahme der Wirtschaft – alle relevanten Aspekte der russischen Entwicklung. Die Texte werden ergänzt durch Kurzbiographien und statistische Kurzauskünfte, die an passender Stelle eingefügt sind.

Aus dem Lehrbuchcharakter folgt keineswegs, dass an der analytischen Qualität Abstriche gemacht worden sind. Fast alle namhaften britischen Russland-Spezialisten haben sich an dem Band beteiligt: So stammt das Kapitel über Nationalismus und demokratische Entwicklung aus der Feder von Richard *Sakwa*. Stephen *White* hat den Abschnitt über politische Parteien geschrieben, Chris *Bluth* behandelt Streitkräfte und Militärreform und James *Hughes* erörtert die Bedeutung von Transitionsmodellen im russischen Kontext. Wer sich einen Überblick über den Entwicklungsstand Russlands zu Beginn des neuen Millenniums verschaffen will, dem ist mit diesem Buch gut gedient. Der Leser erfährt alles Wesentliche über politische und soziale Strukturen, über die Rolle der Kriminalität, über Bildungspolitik, soziale Unterschiede und über die Optionen russischer Außenpolitik.

Eine deutliche Schwäche des Bandes liegt allerdings im Verzicht auf die Darstellung der russischen Wirtschaftsentwicklung. Hier sollte man zu Arbeiten anderer Autoren wie z.B. Philip *Hanson*, Pekka *Sutela*, Wolfram *Schrettl* oder Peter *Rutland* greifen. Dennoch lohnt die Lektüre des besprochenen Bandes. Die Perspektive, die seine Autoren entwerfen, ist jedoch wenig optimistisch. Gewiss

haben sich, wie die Herausgeber unterstreichen, Worst-Case-Szenarios nicht bewahrheitet: weder ist der russische Staat kollabiert, noch ist ein allgemeiner Bürgerkrieg ausgebrochen. Auch Nuklearwaffen und Nuklearanlagen sind bisher nicht außer Kontrolle geraten. Doch das angestrebte Ziel – eine stabile Demokratie und eine funktionierende Marktwirtschaft – ist, so *Ross* und *Bowker*, noch in weiter Ferne.

Im Vergleich mit diesem Verdikt ist das Urteil, mit dem Dmitrij *Trenin* seine Studie über Russlands Weg von einem eurasischen Imperium zu einem modernen Staat in einer globalisierten Welt fällt, nahezu optimistisch: „With enormous difficulty and pain, Russia is slowly overcoming the gravitational pull of its history. ... Before modernity finally takes root, however, Russia and its neighbors will have been through many crises over borders and ethnicity. One can only hope that they all survive in one piece.“ (S. 335). *Trenin*, der es in der sowjetischen Armee bis zum Oberstleutnant brachte und heute leitender Mitarbeiter des Moskauer Carnegie-Zentrums ist, gehört zu den führenden russischen außen- und sicherheitspolitischen Experten.

Seine Studie ist der interessante Versuch, durch einen Blick auf die historische Entwicklung der Grenzen und die räumliche Gestalt Russlands Position in der Welt von heute zu bestimmen. Dies ist eine Frage nach der nationalen Identität wie auch nach den Perspektiven für eine Integration in die postmoderne Welt. *Trenin* hat seine Arbeit in drei große Abschnitte gegliedert,

von denen der erste sich mit der Auflösung des sowjetischen Imperiums befasst, der zweite die geopolitischen Implikationen russischer Politik gegenüber dem „Westen“, dem „Süden“ und dem „Osten“ untersucht, und der dritte schließlich die Möglichkeiten erörtert, die inneren Widersprüche zu überwinden und das Land in die internationale Politik zu integrieren. Reflexionen über die Frage, was aus Russland „nach Eurasien“ werden kann, schließen den Band ab.

Trenin macht deutlich, dass der territoriale und politische Wandel über lange Zeit angelegt war und dass die Veränderungen qualitativer Natur sind. Das postimperiale, posteurasische Russland ist heute mit neuen und durchaus andersartigen Herausforderungen konfrontiert, als es das Zarenreich und die Sowjetunion waren. Angesichts dessen sieht *Trenin* drei mögliche Szenarios: ein „revisionistisches“, in dem versucht wird, einen früheren Status wiederherzustellen, die Möglichkeit einer Desintegration Russlands und schließlich die Chance einer „kreativen Anpassung“ an die neue Umgebung. Letzteres Szenario, der Verzicht auf die „eurasische“ Vergangenheit und die Integration in ein größeres Europa, ist zweifelsohne die Lösung, die dem Autor am Herzen liegt – und er hält eine solche Entwicklung nicht für ausgeschlossen.

Blickt *Trenin* nach vorn, so richtet Boris *Meissner* seinen Blick noch einmal zurück – in die Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. *Meissner*, der Doyen jener traditionellen deutschen Osteuropa-Forschung, die bis zum Beginn der neunziger

Jahre ihren Platz gegenüber einer modernen, sozialwissenschaftlich begründeten Regionalanalyse behaupten konnte, hat immer wieder informative, detailreiche Studien über Entwicklungen in der Sowjetunion vorgelegt. Vier Aufsätze, die 1997 und 1999 bereits in anderen Zusammenhängen publiziert wurden, sind nun in diesem Band zusammengefasst. Alle vier befassen sich mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Der erste verfolgt präzise, wie beide Seiten von der Stalin-Note 1952 über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen bis hin zum Vertragswerk von 1990 ihre politischen Standpunkte rechtlich definiert haben. Der zweite Artikel schildert anhand neuerer Veröffentlichungen die Deutschlandpolitik Nikita *Chruschtschows*, während der dritte noch einmal die deutsch-sowjetischen Verhandlungen von 1957/58 in den Blick nimmt. Der vierte und letzte Aufsatz schließlich befasst sich mit der Frage, welche Rolle das Motiv des „Friedensvertrags“ in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik in den Nachkriegsjahren gespielt hat. In der Konzentration auf rechtliche Probleme liegt die Stärke dieses Bandes. Er versucht keine breit angelegte Analyse internationaler Politik, bei der wirtschaftliche und sicherheitspolitische Aspekte einbezogen werden, er bietet vielmehr eine klassische, diplomatiegeschichtliche Darstellung der Beziehungen zwischen zwei Staaten. Und darin liegt eben das Verdienst dieser Aufsatzsammlung.

Auch Wladimir *Baranovskij*, stellvertretender Direktor des Moskauer

Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO) und bis 1997 Leiter des Projekts über die russische Sicherheitsagenda am Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), befasst sich mit Russlands Beziehungen zur Außenwelt. Im Zentrum seiner Studie steht allerdings nicht Diplomatengeschichte; *Baranovskij* versteht Außenpolitik eher als Funktion eines politischen und gesellschaftlichen Diskurses. Daher steht im Mittelpunkt seiner Publikation eine Untersuchung der russischen Haltungen gegenüber der Europäischen Union. Indem er die Perzeption der russischen politischen Klasse vorstellt, will der Autor begreiflich machen, wie Russland seine Situation und seine Interessen in Bezug auf die EU auffasst – und wodurch sein außenpolitisches Verhalten motiviert ist.

Auf Grundlage der Auswertung der russischen Fach- und Zeitungsliteratur skizziert *Baranovskij* die Ideen, die in der politischen Klasse und der Gesellschaft zirkulieren – gewissermaßen die „intellektuelle Software“ der Interaktion zwischen Russland und der Europäischen Union. Er macht zunächst deutlich, wie stark Innenpolitik und die Suche nach einer nationalen Identität die politische Debatte in Russland bestimmen, in der außenpolitische Themen durchweg zweitrangig sind. *Baranovskij* zeigt auf, dass die Europäische Union nur allmählich als Faktor wahrgenommen wurde. Über lange Zeit stand immer noch die NATO im Vordergrund außenpolitischen Denkens. Und als die russische Öffentlichkeit die EU zu be-

merken begann, diskutierte man zunächst, wie weit sie im Stande sein werde, ihr wirtschaftliches Gewicht in politisches umzumünzen und zu einem realen Akteur in der internationalen Politik zu werden.

In dieser Phase begann, so *Baranovskij*, eine vorsichtige Annäherung, bei der allerdings „alte Zweifel“ zunächst fortbestanden: einerseits schien die wirtschaftliche Macht der EU bedrohlich und übermächtig zu sein, andererseits bot die EU keine sicherheitspolitische Option an und war auf absehbare Zeit nicht als Akteur in der internationalen Politik sichtbar. Der Autor zeigt auf, wie die Entwicklung von Mechanismen zur Zusammenarbeit in Form eines institutionalisierten Dialogs und regelmäßiger Gipfeltreffen Realitäten schufen, die die Haltung auf russischer Seite allmählich änderten. Und er beschreibt, wie die Osterweiterung der EU für die Beziehungen zwischen Russland und der EU Chancen und Probleme mit sich bringt. Kaliningrad sieht er als Testfall an, ob es gelingen wird, die Schwierigkeiten gemeinsam zu überwinden und die Chancen zu nutzen.

Ein Hindernis für eine stärkere Anbindung an Europa sind allerdings die sozialen und ethnischen Konflikte am Südrand Russlands und die offenkundige Unfähigkeit der russischen Führung, politische Lösungen zu finden, die diese Region stabilisieren. Deutlichster Ausdruck dieses Versagens sind die Kriege, die Russland bis heute in Tschetschenien führt. Karl *Grobe-Hagel*, Ressortleiter Außenpolitik der *Frankfurter Rundschau*, hat jetzt eine

informative, kurze Darstellung dieser Auseinandersetzungen vorgelegt.

Der Autor schildert zunächst die geographische Situation im Nordkaukasus, die ethnische Gemengelage und die inneren Strukturen der tschetschenischen Gesellschaft. Seine Schilderung der tschetschenischen Geschichte – des Widerstands im Zarenreich, der Eingliederung in die Sowjetunion und der Verfolgung in der Stalin-Zeit – sowie die Darstellung des islamischen Einflusses und die Beschreibung der Erdölindustrie in der Region vermitteln eine differenzierte Vorstellung von den Faktoren, die im Konflikt zwischen Russen und Tschetschenen von Bedeutung sind.

Nachdem so der Rahmen abgesteckt ist, wendet sich *Grobe-Hagel* den beiden Kriegen zu, die Russland seit 1994 gegen Tschetschenien geführt hat. Knapp und klar schildert er politische Hintergründe und Verlauf. Er verschweigt nicht die Kriminalisierung der Region in den neunziger Jahren, stellt aber auch die Nachrichtenmanipulation und die massiven Menschenrechtsverletzungen auf russischer Seite heraus. Und er kritisiert die russische Vernichtungskriegsstrategie, die eine politische Lösung unmöglich macht. Tschetschenien, das macht dieses Buch deutlich, ist eine schwere Hypothek für Russlands Außenpolitik.

Mike Bowker/Cameron Ross (Hrsg.), *Russia after the Cold War*, New York: Longman 2000, 368 S., 33,37 EUR.

Dmitri Trenin, *The End of Eurasia. Russia on the Border Between Geopolitics and Globalization*, Moskau: Carnegie Moscow Center 2001, 340 S., 27,20 EUR.

Boris Meissner, *Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen*. Ausgewählte Beiträge, Berlin: Berlin Verlag Arno Spitz GmbH 2000, 135 S., 20,00 EUR.

Vladimir Baranovsky, *Russia's Attitudes Towards the EU: Political Aspects*, Helsinki / Berlin: Ulkopoliittinen instituutti / Institut für Europäische Politik 2002 (= Programme on the Northern Dimension of the CFSP, Vol. 15), 189 S. (keine Preisangabe).

Karl Grobe-Hagel, *Tschetschenien – Rußlands langer Krieg*, Köln: Neuer ISP-Verlag 2001, 223 S., 15,00 EUR.

Mythos Diplomatie

MIRIAM HOLLSTEIN

Enrico Brandt/Christian Buck (Hrsg.), *Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf*, Opladen: Leske + Budrich 2002, 408 S., 35,00 EUR.

Die Diplomatie ist einer der ältesten Berufe der Welt: die erste diplomatische Vertretung unterhielt die Republik Venedig bereits im 12. Jahrhundert in Byzanz. Die Tatsache, dass sich dieses Metier durch eine paradoxe Mischung aus öffentlichem Auftritt und Wirken im Verborgenen auszeichnet, war immer wieder Nährboden für Mythen wie für Kritik. „Diplomatie ist ein Schachspiel, bei dem die Völker matt gesetzt werden“, spottete schon der Schriftsteller Karl Kraus (1874–1936).

Doch auch im 21. Jahrhundert hat Diplomatie nichts von ihrer Anziehungskraft verloren. Rund 1000 potenzielle Anwärter bewerben sich alljährlich für den höheren Auswärtigen Dienst auf 40 freie Stellen. Ihnen und anderen außenpolitisch interessierten Lesern verspricht der hier besproche-

ne Band einen Blick hinter die Kulissen. Es handelt sich um eine Sammlung von fast durchweg von Diplomaten verfassten Beiträgen, die die unterschiedlichen Aspekte dieses Berufsfelds beleuchten. Den Grundton gibt Christian *Buck* in seiner Einführung vor. Der frühere Journalist und heutige Diplomat beschreibt darin einen Tag im Auswärtigen Amt, von der obligatorischen Zeitungslektüre um fünf Uhr in der Früh über die Direktorenrunde, die außenpolitische Entscheidungen vorbereitet und an historischem Ort tagt (die Räume dienten früher dem Politbüro der DDR), bis zur Nachtbereitschaft im Lagezentrum des Auswärtigen Amtes.

In zehn klar strukturierten Kapiteln widmet sich das Buch verschiedenen Teilbereichen wie der Organisation des Auswärtigen Amtes, den bi- und multilateralen Beziehungen (Deutschland als Akteur in den Vereinten Nationen, der Europäische Rat usw.) und den Aufgaben eines Botschafters und eines Konsuls. Neben weiteren Aspekten wird auch das Thema Konfliktprävention behandelt. Ein Reiz der Lektüre liegt in der geographischen Vielfalt der Beiträge: Während Wolfgang *Ischinger* die eher klassischen Aufgaben eines Botschafters in Washington beschreibt, wirken die Erlebnisberichte von der deutschen Außenstelle auf Mallorca („Rathaus am Ballermann“), vom Visumschalter in Beijing oder von der Vertretung in Ouagadougou, der Hauptstadt Burkina Faso, exotisch bis skurril. Sie machen deutlich, dass sich hinter dem Klischee cocktailtrinkender Jet-Set-Diplomaten oft genug

ein Leben unter strapaziösen Bedingungen verbirgt, das eine hohe Anpassungsfähigkeit und ein ausgeprägtes Organisationstalent erfordert.

Fast immer steht in den Artikeln der Praxisaspekt im Vordergrund, etwa wenn Amtsarzt Gunther *von Laer* konkrete Ratschläge für den Auslandsseinsatz gibt oder Ulrike *Seibel* die Möglichkeiten und Pflichten der mitreisenden Ehepartner beschreibt. Auch die besonderen Belastungen eines Berufs, der alle drei bis fünf Jahre einen Ortswechsel voraussetzt, klingen immer wieder an. Informationen über den Einstellungstest und die Ausbildung sowie ein Anhang mit den wichtigsten Gesetzen ergänzen die Berichte.

Grenzen der Diplomatie beleuchtet ein Beitrag von Gerd *Westdickenberg*: Der Völkerrechtler und damalige Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes schildert, wie Deutschland im Fall der in den USA zum Tode verurteilten deutschstämmigen Brüder *La Grand* vor den Internationalen Gerichtshof zog, weil die Männer nicht auf die Möglichkeit einer konsularischen Betreuung hingewiesen worden waren. Zwar wurde der Klage in allen Punkten stattgegeben, doch waren die Brüder zu diesem Zeitpunkt schon längst hingerichtet.

Dem theoretischen Überbau ist erst das letzte Kapitel gewidmet. Neben der bekannten Erkenntnis, dass Innenpolitik im Zeitalter der Globalisierung auch immer mehr Außenpolitik ist (wie auch umgekehrt), geht Michael *Koch*, Leiter der Politischen Abteilung an der Botschaft in Neu-Delhi der Frage nach, ob Ver-

änderungen wie die dramatisch verbesserten Kommunikationsmöglichkeiten den Beruf des Diplomaten überflüssig gemacht haben. Sein nicht ganz überraschendes, aber nachvollziehbares Fazit: „Solange das internationale System auf Staaten als höchster und letzter Quelle von Legitimität ruhen, wird es Diplomaten geben oder geben müssen“ (S. 362). Was dem Werk fehlt, ist – neben einer etwas rigoroseren orthographischen Redaktion – eine unvoreingenommene Stimme von außen, zum Beispiel die Stimme eines Journalisten, der die Arbeit des Auswärtigen Amtes aus nächster Nähe kritisch begleitet. Insgesamt ist ein ebenso gründlicher wie spannender Leitfaden über den diplomatischen Dienst gelungen, der trotz aller Praxisnähe auch zum Mythos des aufregenden Diplomatenlebens beiträgt – diesmal aus der Innenperspektive.

Kritisches zum Jubiläum des Elysée-Vertrags

MARTIN MANTZKE

Manfred Steinkühler, Der deutsch-französische Vertrag von 1963. Entstehung, diplomatische Anwendung und politische Bedeutung in den Jahren von 1958 bis 1969, Berlin: Duncker & Humblot 2002, 212 S., 18,00 EUR.

Um die deutsch-französi-chen Beziehungen steht es, darin sind sich die meisten Kommentatoren einig, schon seit geraumer Zeit nicht zum Besten. Seit Mitte der neunziger Jahre wurde immer häufiger ein Stottern des viel zitierten deutsch-französi-schen Motors konstatiert, und man

glaubte, eine ernsthafte Störung im Verhältnis zwischen beiden Ländern zu erkennen.

Auf beiden Seiten des Rheins erhoben sich Stimmen, die angesichts des bevorstehenden 40. Jahrestags seiner Unterzeichnung am 22. Januar 2003 auf eine Erneuerung des Elysée-Vertrags von 1963 drängten, jenes Vertrags, mit dem Konrad Adenauer und Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges die deutsch-französi-sche Aussöhnung besiegelt hatten. Zwar gilt das Vertragswerk weithin als vorbildlich (und kaum jemand hält es im Grunde für überholungsbedürftig), doch die dort vereinbarten regelmäßigen Konsultationen sind im Laufe der Zeit zur Routine geworden, die Zusammenkünfte der Minister, der Staats- und Regierungschefs wurden immer mehr zu ritualisierten Bekundungen einer Gemeinsamkeit, die nur mehr in Protokollformeln zu existieren scheint. Nicht zuletzt unterschiedliche Vorschläge für den Reformkonvent der Europäischen Union und Streitigkeiten über die Agrarreform deuten darauf hin, dass beide Länder sich weiter auseinander gelebt haben.

Der historische Verlauf des deutsch-französi-schen Vertrags im ersten Jahrzehnt seines Bestehens steht im Mittelpunkt einer Untersuchung von Manfred Steinkühler. Der Verfasser, ein Vierteljahrhundert Angehöriger des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland, versteht sein Buch als „quellennah und -kritisch“. Neben der Kritik ist es allerdings auch eine ausgeprägte

Streitlust des pensionierten Diplomaten, die den Band durchzieht.

Gestützt vornehmlich auf die Memoiren der seinerzeit handelnden Politiker, auf Monographien sowie auf gedruckte und ungedruckte Materialien aus den Archiven des Auswärtigen Amtes und des französischen Außenministeriums beschreibt *Steinkühler* zunächst Vorgeschichte und Entstehung des Vertrags, um sodann seine Anwendung unter den Bundeskanzlern Ludwig *Erhard* und Kurt Georg *Kiesinger* zu untersuchen. Sei es *Adenauer* noch gelungen, die deutschen Interessen mit den Ansprüchen *de Gaulles* im Gleichgewicht zu halten und zugleich das bilaterale Verhältnis zu fördern, so sei sein kurzzeitiger Nachfolger *Erhard* daran gescheitert. *Kiesinger* schließlich habe trotz seines sozialdemokratischen Koalitionspartners die gebotene Autorität gefehlt, um sich gegenüber dem französischen Staatschef zu behaupten. In die Beschreibung einbezogen sind Fragen nach dem Verhältnis zwischen dem deutsch-französischen Vertrag und dem atlantischen Bündnis, dessen Auswirkungen auf den europäischen Integrationsprozess sowie seine Funktion im Ost-West-Konflikt.

Der Autor sieht den – ohne Kündigungsklausel geschlossenen – Vertrag als eine grundlegende Wende in den bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten und Völkern an,

die sich auf das vom deutsch-französischen Antagonismus der Vergangenheit stets mit betroffene europäische Umfeld „befriedend“ ausgewirkt habe. Der „große Wurf“ (S. 197) des Vertrags habe in der Schaffung eines unverzichtbaren Sonderverhältnisses zwischen beiden Ländern innerhalb der bestehenden Bündnisysteme gelegen.

Diesen „großen Wurf“ nun, so die harsche Kritik *Steinkühlers*, hätten Bonner Diplomaten und Politiker in den sechziger Jahren verkümmern lassen. Die Erklärung für dieses „Versagen“ (S. 105) sieht der Autor darin, dass bei zahlreichen politischen und funktionellen Eliten der Bundesrepublik – zum Teil noch aus der Zeit des „Dritten Reiches“ herrührende – frankophobe Vorurteile und Verstrickungen in die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes vorhanden waren. „Konsistente Kreise“ des Auswärtigen Amtes seien außer Stande gewesen, ihre Distanz gegenüber Frankreich zu überwinden; zudem hätten Defizite in der Verständigungsfähigkeit die Entfaltung der mit dem Vertrag beabsichtigten neuen Orientierung des bilateralen Verhältnisses beeinträchtigt. Erst in den siebziger Jahren, so das eigenwillige Fazit *Steinkühlers*, sei deshalb der deutsch-französische Vertrag zu einem „unbestritten wirksamen Instrument der internationalen und allianzimmanenten Verständigung“ (S. 197) geworden.